



Vorstandsmitglieder des CDU-Wirtschaftsrats waren zu Gast bei den Fränkischen Nachrichten (von links): FN-Chefredakteur Dieter Schwab, die Vorstandsmitglieder des CDU-Wirtschaftsrats Lukas Lick, Petra Jouaux, Joachim Rudolf, Christian Wachutka, der stellvertretende Leiter der Main-Tauber-Kreis-Redaktion, Harald Fingerhut, sowie der Leiter der Redaktion Buchen, Olaf Borges.

Besuch bei den FN: Vorstandsmitglieder des CDU-Wirtschaftsrats kamen zum Gespräch ins Frankoniahaus in Tauberbischofsheim

„Wir sind die Vernunft der Politik“

Während die Politik oft ein eher kurzlebige Geschäft ist, hat der CDU-Wirtschaftsrat langfristige ökonomische Leitplanken im Visier, die Betrieben den Weg zum Erfolg leichter machen.

Von unserem Redaktionsmitglied
Harald Fingerhut

TAUBERBISCHOFSHHEIM. Wirtschaftsrat der CDU? Für viele sicherlich eine unbekannte Größe in der politischen und ökonomischen Landschaft. Wer oder was verbirgt sich also dahinter? „Mit über 2600 Unternehmen repräsentieren wir als parteiunabhängiger Verband den mittelständisch geprägten Branchenmix in Baden-Württemberg“, erklärt Joachim Rudolf, der Vorsitzende des Landesverbands des CDU-Wirtschaftsrats, im Gespräch mit Vertretern der FN-Redaktion. „Obgleich wir CDU im Namen haben, sehen wir uns als überparteilichen Verband.“ Das Spektrum der Mitglieder

reiche vom Zwei-Mann-Betrieb bis zum mittelständischen Unternehmen.

Lokale Themen im Blick

„Wir sehen uns als Stimme der sozialen Marktwirtschaft“, ergänzt Geschäftsführer Christian Wachutka. Der CDU-Wirtschaftsrat sei ein Scharnier zwischen den verschiedenen politischen Ebenen, der Wirtschaft, der Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft.

„Um diesem Anspruch gerecht zu werden, organisieren wir rund 300 wirtschaftspolitische Veranstaltungen pro Jahr – vom exklusiven Fachgespräch bis zur Großveranstaltung“, fügt der Landesgeschäftsführer aus.

„Während sich andere unternehmerische Interessenverbände wie etwa IHK oder Handwerkskammer politisch weitgehend heraushalten, wollen wir den Finger in die Wunde legen“, stellt Landesvorsitzender Joachim Rudolf fest. „Wir wollen gerade auch lokale Themen,

wie etwa die Zufahrt zu einem Gewerbegebiet, ansprechen.“ Deshalb habe man sich zur Aufgabe gemacht die Sektionen stärker ins Blickfeld zu nehmen und gerade auf der kommunalpolitischen Bühne stärker in Erscheinung zu treten.

Partner statt Besserwisser

Die Sprecherin für die Sektion Badisch-Franken ist die Gründelfelder-Unternehmerin Petra Jouaux. „Wir wollen nicht als Besserwisser auftreten, sondern als Partner, der für die Wirtschaft wichtige Dinge anspricht“, charakterisiert Petra Jouaux ihre Position.

„Während die Politik oft zu kurz greift, sind wir als Unternehmen an langfristig wirksamen Beschlüssen und somit dauerhaft stabilen Rahmenbedingungen interessiert“, sagt Landesvorsitzender Rudolf. „Die Politiker müssen kurzfristig von

Wahl zu Wahl denken, wir jedoch in längeren Zeiträumen“, ergänzt die Sektionssprecherin. „Wir kommen aus der Praxis, sehen was umsetzbar

ist, so dass wir uns durchaus auch als die Vernunft der Politik sehen.“ Wenn die Führungsspitze drei Wünsche bei den Entscheidungsträgern der Politik offen hätte, welche Themen würde das betreffen?

„Steuerpolitik, Bürokratismus und Forschung“, antwortete der Landesgeschäftsführer ohne lange zu überlegen. „Die Politik muss mehr steuerliche Anreize setzen. Im europäischen Vergleich stehen wir schlechter da als andere.“ Der Standort Deutschland müsse wieder attraktiver werden.

Ergebnisoffene Forschung

„Die Dokumentationspflicht ist für viele Betriebe der Sargnagel.“

„Wir brauchen dringend eine ergebnisoffene Innovationsdynamik“, fordert Rudolf mit Nachdruck. „Baden-Württemberg ist das Land der

Autobauer, und wir bekommen es nicht hin, das Automobil der Zukunft zu kreieren. Das geht mir nicht in den Kopf. Wir dürfen eine Branche, in der wir führend waren und sind, nicht kaputt machen.“ Hier würde aus Diesel-Fahrzeugen und Feinstaub ein Paket geschnürt, wobei der Diesel verteuert werde und als Alternative ausfalle. Die Politik müsse hier Industrie und Hochschulen zusammenbringen, um das nachweislich beste Forschungsergebnis zu erbringen.

Schlechte Großvertragslage

Sorgenfallen bereiten den Unternehmen natürlich auch die globalen Rahmenbedingungen. Der Handelsstreit zwischen den USA und China, bei dem immer wieder Schutzzölle angemahnt werden, oder der Brexit seien für die vielen auf Export angewiesenen Firmen im Ländle natürlich Unwägbarkeiten, die Investitionen zur Zeit schwierig machen.

Kabarett: Rolf Miller gastiert am 13. März in der Stadthalle

Ein „Chaos der Pointen“

TAUBERBISCHOFSHHEIM. Hier der ausländerfeindliche Syrer, da der vegane Jäger, dort Achim, Jürgen und Rolf, wie immer zu viert im Sixpack, „all inclusive“. Alles scheint wie immer, und bleibt genauso anders. Die Zeiten ändern sich, Rolf Miller bleibt – trocken wie eh und je, in seiner un-nachahmlichen Selbstgefälligkeit. „Me, myself and I“ – wo ist das Problem, ich bin mir genug – aber damit reicht es jetzt endlich noch lange nicht. „Obacht Miller“ – unter diesem Titel kommt der Kabarettist mit seinem neuen Programm am Freitag, 13. März, um 20 Uhr in die Tauberbischofsheimer Stadthalle. Das Halbsatz-Phänomen zeigt erneut, dass man nicht alles glauben darf, was man denkt.

Wie immer weiß Miller nicht, was er sagt, und meint es genauso, denn wenn gesicherte Ahnungen in spritzwasserdicke Tatsachen münden, wer erliegt da nicht Millers Charme?, heißt es in einer Pressemitteilung. Miller verspricht ein „Chaos der verquerten Pointen, mal ums Eck, mal gerade, mit und ohne Dings.“ Und der Satiriker lässt wie immer nichts aus: die Notwendigkeit eines Atomkriegs, das unerlässliche Selfie beim Autobahnfahren, oder Logis lungs nach der Putin-WM. Millers Humor geht nach wie vor von hinten durch die Brust, nach dem Prinzip des großen Philosophen Bobby Robson: „Wir haben den Gegner nicht unterschätzt, wir haben nur nicht geglaubt, dass er so gut ist.“ Karten gibt es bei den FN.



Rolf Miller gastiert am 13. März in der Stadthalle.

Ärzte in der Region: Viele Mediziner im Main-Tauber-Kreis finden keine Nachfolger mehr für ihre Praxen / Frauenarzt Dr. Josef Woopen sieht einen „eklatanten fachärztlichen Mangel“

„Löcher in der medizinischen Versorgung immer sichtbarer“

Von unserem Redaktionsmitglied
Heike von Brandenstein

TAUBERBISCHOFSHHEIM. Ende November schließt Dr. Josef Woopen seine Praxis für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in der Tauberbischofsheimer Fußgängerzone. Er ist nicht der einzige Mediziner im Landkreis, der aus Altersgründen in den Ruhestand geht. „In Wertheim schließen allein drei Allgemeinmediziner ohne Nachfolge“, informiert Dr. Sebastian Gerstenkorn, Vorsitzender der Kreisärzteschaft Tauberbischofsheim. „Die Löcher in der medizinischen Versorgung werden immer sichtbarer“, meint er.

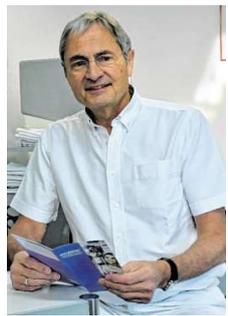
Unterversorgung im Kreis

„Es gibt einen eklatanten fachärztlichen Mangel auf dem Land“, beklagt Woopen, der sich immer noch um eine Praxisnachfolge bemüht. Bislang war dieses Unterfangen aber noch nicht von Erfolg gekrönt. Dennoch will er den Sitz erneut aus-schreiben, denn ihn schmerze es sehr, wenn Frauen keinen Arzt mehr im Umfeld finden würden. Viele Kollegen, weiß er, nähmen keine neuen Patientinnen mehr an, weil sie be-

reits über die Maßen ausgelastet seien. Zwar hätte er noch ein paar Monate weitergemacht, doch sein Fachpersonal hat sich, wissend um die Nachfolgesuche, auch umgesehen, wie es weitergehen kann. Jetzt fehlt dem Gynäkologen schlichtweg das Personal. „Ich mache meinen Helferrinnen überhaupt keinen Vorwurf. Sie haben sich völlig rational verhalten“, meint Woopen dazu.

Dass es durch die Schließung seiner Praxis, den Tod seines Laudaer Kollegen Dr. Müller-Reiter sowie dem Wegfall eines halben Sitzes in Bad Merztingen zu einer Unterversorgung im Kreis kommt, wie Josef Woopen feststellt, glaubt die Kassenzärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KV) nicht. „Für die Versorgung mit Frauenärzten gilt im Main-Tauber-Kreis ein Verhältnis von 6369. Das bedeutet, wenn auf 6369 Frauen ein Frauenarzt kommt, wäre das rechnerisch eine 100-Prozent-Versorgung. Im Main-Tauber-Kreis wären dafür 10,5 Frauenärzte erforderlich“, so Kai Sonntag, Leiter der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der KV Baden-Württemberg.

Für Woopen sind diese Quoten reine Rechenexempel, die er für realitätsfern hält. Gerstenkorn stimmt da zu: „Die KV versteckt sich hinter den Zahlen.“ Beide erkennen jedoch die Bemühungen ihrer Interessensvertretung an, nach Lösungen zu su-



Schließt seine Praxis, ohne bislang einen Nachfolger zu haben, ist der Gynäkologe Dr. Josef Woopen.

chen. So bestehe für einen Arzt die Möglichkeit, einen zweiten Sitz zu erwerben, diesen mit maximal drei Ärzten zu besetzen und dort 31 Wochenstunden zu garantieren, erläutert Woopen. Für Frauen – das Gros des ärztlichen Nachwuchses – ein eigentlich ein attraktives Angebot, um Beruf und Familie zu vereinen. Nur finde sich für dieses Modell und auch andere kaum jemand.

Gerstenkorn sieht die Schuld an der katastrophalen Entwicklung der ärztlichen Versorgung in Berlin. „Die Bundespolitik arbeitet konsequent gegen die niedergelassenen Ärzte“, sagt er. Das von Gesundheitsminister Jens Spahn eingeführte Terminservicegesetz sowie das Faire Kas-senwettbewerbgesetz bürde den Niedergelassenen noch mehr auf und vernichte die Facharztverträge.

Eigentlich, so der Vorsitzende der Kreisärzteschaft Tauberbischofsheim, müsste die gute hausärztzentrierte Versorgung in Baden-Württemberg eine Blaupause für das ganze Land sein. Stattdessen aber mache man sie platt. Die Rahmenbedingungen würden immer schlechter. Dr. Josef Woopen, der seine Praxis 32 Jahre geführt hat und daneben

fast 30 Jahre als Belegarzt im Krankenhaus Tauberbischofsheim tätig war, hält das Modell der Einzelpraxis mittlerweile für anachronistisch. Um eine medizinische Versorgung zu gewährleisten müssten drei Voraussetzungen gegeben sein: Niedergelassene müssten in Kooperationen arbeiten, die Administration gegliedert werden und ein Wir-Gefühl zwischen den Krankenhäusern und den Vertragsärzten vor Ort aufgebaut werden.

Kaum mehr Nachwuchs

Doch wenn die bundespolitisch gesteckten Rahmenbedingungen für niedergelassene Ärzte von Medizinern als Drangsal empfunden werden, werde sich bei noch so guter Organisation kaum mehr Nachwuchs finden. Letztlich bekommen das die Patienten zu spüren. Rein KV-rechnerisch besteht beim Blick auf die Versorgung mit Frauenärzten im Main-Tauber-Kreis eine Überkapazität. Ein Arzt würde sich auf die Bedarfsplanung mit etwa zehn Prozent auswirken, heißt es. Da eine Niederlassungssperre bei einem Versorgungsgrad von 110 Prozent eintritt, dürfen sich derzeit keine neuen Ärz-

te niederlassen, sondern lediglich Sitze übernommen werden.

KV-Sprecher Kai Sonntag räumt jedoch ein, dass das Empfinden der Bevölkerung ein anderes sein könne: „Das Ziel der Planung besteht darin, den Kostenanstieg zu begrenzen und zum Beispiel nicht darin, dass Patientinnen schnell einen Termin bekommen“, erklärt er. Es werde für die Patientinnen für zumutbar gehalten, wenn sie sich innerhalb des Landkreises bewegen. „Schließlich gehen Frauen nicht jede Woche zum Frauenarzt, was dann auch weitere Wege relativiert“, so Sonntag.

Doch es sind eben nicht nur die Gynäkologen, die fehlen oder keine Nachfolger finden, sondern auch andere Fachärzte und Allgemeinmediziner. „Da entsteht ein Flächenbrand“, meint Dr. Josef Woopen. Dr. Sebastian Gerstenkorn findet die Entwicklung „deprimierend“. In der Konsequenz bedeute eine schlechtere medizinische Versorgung letztlich mehr Krankheiten, mehr Todesfälle und eine geringere Lebenserwartung. Zynisch zitiert er aus einer vor ihm liegenden Broschüre: „Ärztliche Versorgung in der Schweiz als Alternative.“